

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

150 (30.6.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-spaltige Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Samstag, den 30. Juni 1951

Nr. 150

Besuch Adenauers in den USA?

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer trägt sich mit der Absicht, den USA einen Besuch abzustatten, verläßt die Umgebung des Bundeskanzlers. Man nimmt in Bonn an, daß US-Hochkommissar McCloy, der in der nächsten Woche aus Washington zurückkehrt, eine offizielle Einladung der amerikanischen Regierung mitbringen wird.

Beratungen über Fusion DG-BHE

Kraft: Starke Annäherung an die SPD
Frankfurt (UP). Etwa 20 Funktionäre des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und der Deutschen Gemeinschaft Württemberg-Badens führten in Frankfurt interne Besprechungen über „grundlegende politische und organisatorische Fragen“. Dabei soll eine technische Fusion zwischen dem BHE und der DG behandelt worden sein. Die Besprechungen werden demnächst fortgesetzt. Zunächst wollen die Delegierten die Ergebnisse der Frankfurter Besprechungen ihren zuständigen Organen unterbreiten.

An der Konferenz nahmen unter anderem der Vorsitzende des BHE, Kraft (Schleswig-Holstein), Staatssekretär Dr. Gutsmuths als Vertreter des bayerischen BHE, Minister von Kessel als Beauftragter des BHE Niedersachsen und Dr. Fritz Csermak für den Block der Heimatvertriebenen in Hessen teil. Die Deutsche Gemeinschaft wurde unter anderem durch ihren ersten Vorsitzenden in Württemberg-Baden, Minister a.D. Mattes, vertreten. Von der bayerischen DG war niemand anwesend. BHE-Vorsitzender Kraft gab in einer Pressekonferenz zum ersten Male offen zu, daß die politische Entwicklung in der Bundesrepublik zu einer „starken sachlichen Annäherung“ des BHE an die Sozialdemokratische Partei geführt hat. Er fügte hinzu: „Unsere Flüchtlingspartei ist heute auf Bundesebene und bei den politischen Erwägungen in Bonn zu einem wesentlichen Faktor geworden.“

USA zur Saarfrage

Volksabstimmung zur Zeit nicht erwünscht
Washington (UP). In US-Kreisen wurde zum Saarproblem erklärt, die endgültige Entscheidung über die Zukunft des Gebiets sollte bis zur Regelung der Deutschlandfrage verschoben werden. Als Grund für diese Stellungnahme wurden angeführt: 1. Die Saarfrage berührt die deutschen Grenzen. Sie soll daher nur gleichzeitig mit den anderen Grenzfragen gelöst werden, einschließlich der der sowjetischen Oder-Neiße-Linie und Ostpreußens. 2. Die Saarfrage kann in jedem Fall von den Kommunisten für ihre Zwecke ausgeschlachtet werden, wenn jetzt Entscheidungen fallen. Würde das Saargebiet Deutschland zurückgegeben, würden die Kommunisten auf die Wiederherstellung Deutschlands unter dem Schutz der Alliierten hinweisen. Fiele es an Frankreich, würden die Kommunisten versuchen, nationalistiche Gefühle bei den Deutschen zu erwecken. 3. Jede endgültige Regelung der Saarfrage würde die deutsch-französischen Beziehungen belasten. Jede Verschlechterung dieser Beziehungen sollte jedoch besonders jetzt vermieden werden. Dabei komme auch eine Volksabstimmung zur Zeit nicht in Frage.

Ein US-Düsenjäger explodierte, kurz nachdem der Pilot das Flugzeug verlassen hatte. Die Maschine stürzte in der Nähe von Wesseling (Oberbayern) ab. Der Pilot landete unverletzt mit seinem Fallschirm.

Der Fleischerstreik in Österreich wurde abgebrochen, nachdem die Arbeitnehmer ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung durchgesetzt haben.

Brotversorgung gesichert

Niklas erläßt Ernährungslage

Bonn (UP). Zur Preisentwicklung auf dem landwirtschaftlichen Sektor sprach Bundesernährungsminister Niklas vor Pressevertretern in Bonn. Er betonte insbesondere, daß die Brotversorgung Westdeutschlands auf alle Fälle gesichert sei. Der Minister unterstrich die Bedeutung der Beibehaltung des Konsumbrotpreises von 48 Pfennig pro Kilo, wobei zu berücksichtigen sei, daß heute 40 Prozent des gesamten Brotumsatzes auf Konsumbrot entfällt. Das Mischverhältnis bei Konsumbrot sei jetzt 50:50, während es früher zu 80 Prozent aus Roggen und 20 Prozent Weizen bestanden habe. Eine Änderung des bestehenden Getreidegesetzes solle die Bäcker zur Konsumbrotproduktion zwingen können.

Allerdings sei Westdeutschland auch im kommenden Wirtschaftsjahr auf freie Einfuhren angewiesen, da die Lieferungen aus Marshallplankontingenten nicht vor Ende Januar kommenden Jahres zu erwarten sein dürften. Die Frühdruschprämien in Höhe von 20,- DM für Weizen und 30,- DM für Roggen seien keineswegs „Liebesgaben an die Landwirte“, sondern eine notwendige Maßnahme, durch die eine ebenso schnelle wie ausreichende Ablieferung gewährleistet werden solle, um den Anschluß an die Marshallplankontingente zu erreichen.

Der Minister erwähnte dann, daß zur Sicherstellung der Fleischversorgung nur noch 19 Prozent durch Einfuhren gedeckt werden müßten, da der Schweinebestand sich seit dem vergangenen Jahr um 2,5 Millionen Stück erhöht habe.

Europa-Verteidigung zwischen Rhein und Elbe

Einigung über Europa-Armee „in großen Zügen“ - Deutschland muß sich beteiligen

Paris (UP). Herve Alphand, der Vertreter Frankreichs im Nordatlantikkpakt-Rat und bei den Plevenplan-Verhandlungen, erklärte vor der Pariser Presse: „Europa muß vor allem zwischen dem Rhein und der Elbe verteidigt werden. Daher kann sich niemand vorstellen, daß eine Verteidigung Europas ohne Deutschlands Beteiligung möglich ist.“

„Die Strategie des Westens“ — so fuhr Alphand fort — „sieht keine Niederlage mit anschließender „Befreiung“ vor. Deutschland muß sich an der Verteidigung beteiligen, die soweit östlich wie möglich erfolgen muß.“ Zwischen den fünf Mächten, die sich an den Beratungen des Plevenplanes über eine europäische Armee beteiligten, sei eine Einigung in großen Zügen erzielt worden, jedoch noch nicht über die Größe der einzelnen militärischen Einheiten. Frankreich vertrete den Standpunkt, daß sie so klein wie möglich und schlagkräftig sein sollten.

Bei der Beantwortung verschiedener Fragen erklärte Alphand, eine direkte Beteiligung Deutschlands am Nordatlantikkpakt sei nicht vorgesehen. Jedoch solle die ganze europäische Armee in den Pakt eingebaut werden. Neben der europäischen Armee sollten die USA und Kanada im Rahmen des Paktes eine weitere Gruppe und das Commonwealth eine dritte Gruppe darstellen. „Schließlich wird es keine Einzelarmeen mehr geben und keinerlei nationale Streitkräfte könnten mehr den Zwecken einer einzelnen Nation dienen. Unsere Ziele sind rein defensiver Natur und stellen einen weiteren Schritt in Richtung auf die Einheit Europas dar, die allerdings noch in weiter Ferne liegt.“

Alphand betonte, daß die einzelnen militärischen Einheiten voll gleichberechtigt sein sollen. Der deutsche Verteidigungsbeitrag

werde aber in einem bestimmten Verhältnis zu dem der anderen Länder liegen. Deutschland werde über taktische Luftstreitkräfte verfügen ebenso wie die anderen Nationen.

An den Beratungen über eine europäische Armee nahmen fünf Staaten teil: Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien und Luxemburg, während die Niederlande, die USA, Kanada, Großbritannien, Dänemark und Norwegen durch Beobachter vertreten sind. Wie Alphand mitteilte, ist um den 10. Juli ein Zwischenbericht über die bisherigen Verhandlungen zu erwarten. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn ein Verhandlungspartner sich mit der Größe der militärischen Einheit nicht einverstanden erklärt, antwortete Alphand, das würde keineswegs den Zusammenbruch der Verhandlungen bedeuten. „Wichtig ist, daß der Grundsatz der europäischen Armee, d. h. die Zusammenlegung der Streitkräfte der einzelnen Staaten, angenommen wurde.“

Alles in Washington geregelt

Der britische Verteidigungsminister Shinwell, der im Hauptquartier General Eisenhowers in Paris eine Pressekonferenz abhielt, erklärte, daß die zukünftige Rolle Westdeutschlands in der Verteidigungsfrente der Westmächte „in Washington geregelt worden ist“. Auf die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, die im französischen Plevenplan vorgesehene Größe der von Deutschland zu stellenden Einheiten (Kampfgruppen unter Divisionsstärke) zu erhöhen, erwiderte Shinwell: „Das liegt bei der deutschen Bundesregierung.“ Der britische Verteidigungsminister gab bekannt, daß eine vierte britische Division bald soweit sei, daß sie die bereits in Deutschland stehenden drei Divisionen verstärken könnte.

Freie Marktwirtschaft ist Luxus

Erhardt Politik „höchst unangebracht“ - Scharfe amerikanische Kritik

Frankfurt (UP). Vor seiner Rückkehr nach den USA gab der bisherige Chef der ECA-Sondermission in Westdeutschland und Direktor des Amtes für Wirtschaftsangelegenheiten bei der US-Hochkommission, Jean Cattier seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Bundesrepublik die notwendige ausländische Hilfe erhalten werde, um zu einem leistungsfähigen Mitglied der westlichen Verteidigungsorganisation werden zu können. Wenn es auch wahrscheinlich sei, daß die gegenwärtige Form der Unterstützung beibehalten werde, so würden die Grundlagen für die weitere Gewährung der Hilfe nicht mehr allein von den wirtschaftlichen Bedürfnissen, sondern auch von dem Beitrag zur Verteidigung des Westens bestimmt werden.

Zur Frage, ob im Interesse der Stärkung der westlichen Verteidigung eine baldige Erhöhung der deutschen Stahlproduktion gerechtfertigt sei, meinte Cattier, der Bedarf der westlichen Nationen an deutschem Stahl habe bereits zu einer Erhöhung der Rohstahlproduktion geführt, die jedoch nicht ausreichend sei. Die deutsche Stahlproduktionskapazität sei noch nicht voll ausgenutzt worden. Dieses Problem hänge eng mit der Versorgung mit Kohle und Roheisen sowie Schrott zusammen. Sobald diese Voraussetzungen vorhanden seien, würden weitere Hochöfen und Bessemer-Anlagen in Betrieb genommen. Nach

Ansicht Cattiers beträgt die ungenutzte deutsche Stahlproduktionskapazität 500 000 bis eine Million Tonnen im Jahr.

Der ECA-Chef bezeichnete in seiner Erklärung die Beibehaltung der freien Marktwirtschaft in Ländern, die sich zur Teilnahme an der Verteidigung des Westens entschlossen haben — wie die Bundesrepublik — als einen „höchst unangebrachten Anachronismus und Luxus“. Wenn die Bundesrepublik einen Verteidigungsbeitrag bedeutenden Umfangs leisten wolle, so müsse sie ein Maximum ihrer vorhandenen Hilfsquellen für die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen zur Verfügung stellen und die Inlandsbedürfnisse entsprechend drosseln. Dies setze umfangreiche Kontrollmaßnahmen des Verbrauchs, der Verteilung und der Produktion sowie der Steuern und Kredite voraus. Die Bundesrepublik dürfe von diesen Maßnahmen nicht zurückschrecken, nachdem sie in ihrer Rohstoffversorgung von ausländischen Quellen „absolut abhängig“ sei. „Wir sind der Meinung, daß Professor Erhardt seine Wirtschaftspolitik bereits geändert hat“, erklärte Cattier weiter und fügte hinzu, daß nicht zuletzt die Auswirkungen der Korea-Krise Erhardt freier Wirtschaftspolitik „ein Ende setzen“.

Nach Ansicht Cattiers ist der Zeitpunkt gekommen, um die Frage der deutschen Exportquote und Exportpreise für Kohle durch die Internationale Ruhrbehörde neu zu prüfen. Dabei müßte der Beitrag Deutschlands zur Verteidigung, das Anlaufen des Schumanplans und die deutsche Devisenlage berücksichtigt werden. Der zukünftige Weg könne nur so aussehen, daß die Bundesrepublik keine Devisen aufwenden müsse, um die „weit über dem deutschen Exportkohlenpreis“ liegenden amerikanischen Kohlen aus den USA zu importieren.

Der ECA-Chef warnte die Bundesregierung vor weiteren Preiserhöhungen und vertrat die Ansicht, daß der deutsche Arbeiter, der mit seinem Lohn nur ein Viertel der Kaufkraft eines amerikanischen Arbeiters erhalte, einen größeren Gewinnanteil an seiner Arbeitsleistung haben müsse. In diesem Zusammenhang hält Cattier steuerliche Maßnahmen für unerlässlich, um das Überhandnehmen unproduktiver Investitionen aus dem Gewinn der deutschen Geschäftswelt einzudämmen.

Bonns Meinung

Der scheidende amerikanische Chef der ECA-Sondermission in Deutschland, Jean Cattier, habe in seiner Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik seine Privatmeinung geäußert und nicht die offizielle Ansicht der amerikanischen Regierung wiedergegeben, erklärte Bonner Regierungskreise zu der Rede Cattiers. Die durch den Koreakonflikt hervorgerufene Verknappung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt habe genau wie in den USA auch in Deutschland besondere Maßnahmen erforderlich gemacht. Von einer Umstellung der deutschen Wirtschaft könne jedoch keine Rede sein.

Der argentinische Außenminister Paz und der argentinische Botschafter in Washington Remorino werden ihre Ämter tauschen.

Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Zur Frage der voraussichtlichen Preisentwicklung liegen jetzt zwei wissenschaftliche Äußerungen vor, die sich im wesentlichen mit der von uns mehrfach vertretenen Auffassung decken. Sowohl das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, als auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin bezeichnen die augenblickliche Konjunkturlage in Westdeutschland nur als eine „Zwischenphase“. Obwohl vom Ausland her kurzfristig nicht mehr mit entscheidenden Verteuerungen zu rechnen sei, würden im Inland Lohn-, Gehalts-, Rentenerhöhungen sowie der steigende Bedarf des Bundeshaushalts im Herbst zu einer neuen Expansion überleiten. Die gegenwärtig noch absteigende Bewegung im Zyklus der Lagerhaltung wird in den nächsten Monaten auch in der Bundesrepublik auslaufen und dann vermutlich einer Tendenz zur neuen Anreicherung der Lager Platz machen. Das jetzige Abflauen der Nachfrage könne also durchaus nur ein vorübergehender Zustand sein.

In dieser Rechnung befinden sich zwar einige Unbekannte. So ist, wenn die im April erstmals erzielte Aktivierung der deutschen Außenhandelsbilanz anhält, vermutlich zum Herbst mit einer Wiederaufnahme der Liberalisierung, also mit einer Erhöhung der Einfuhr zu rechnen. Dies würde sich zweifellos als Preisbremse auswirken. Zweitens kann angenommen werden, daß die Bank deutscher Länder an ihrer den Kredit verknappenden Politik festhalten wird. Andererseits ist fraglich, wie sich die Weltmarktpreise entwickeln werden. Zur Zeit ist die Tendenz, nicht zuletzt verstärkt durch die Erklärungen Malles, bei einer ganzen Reihe wichtiger Rohstoffe und Lebensmittel eindeutig nach unten gerichtet. Es kann jedoch auch bald das Gegenteil eintreten, denn die Preise werden ja nicht so sehr von der Marktlage als von der politischen Stimmung beeinflusst.

Auf jeden Fall aber ist bis zum Herbst im Bundesgebiet aus den oben angeführten Gründen mit einem nicht unerheblichen Zuwachs an Kaufkraft zu rechnen. Damit liegen aber die Agrarpreiserhöhungen, terminmäßig gesehen, nicht so falsch wie man auf den ersten Blick annehmen könnte. Freilich besteht die Gefahr, daß die Gewerkschaften auf die etwa noch geplante Heraussetzung der Preise für Brot, Zucker und Margarine mit weiteren Lohnforderungen antworten werden. Die Gefahr der „Schraube ohne Ende“ besteht also nach wie vor weiter.

Die deutsche Private Krankenversicherung hat eine schwere Existenzkrise hinter sich, deren Ursache nicht allein im Untergang der früheren beträchtlichen R-Mark-Reserven lag. Offensichtlich war nach der Währungsreform auch ein „medizinischer Nachholbedarf“ zu befriedigen. Ärzte und Patienten haben sich bedeutend vermehrt. Früher ging man zum Arzt, wenn man krank war, heute bereits, wenn man sich krank fühlt. Die medizinische Forschung entdeckte neue und teure Verfahren. So waren es gleichzeitig verschiedene, aber zur gleichen Zeit wirksame Erscheinungen finanzieller, versicherungstechnischer und medizinischer Art, die den privaten Versicherungsschutz von rund acht Millionen Menschen ernstlich gefährdeten. Im Sommer 1949, dem Höhepunkt dieser Krise, hatten die Gesellschaften keine Reserven und gerade noch bare Mittel für durchschnittlich eine Woche in ihren Kassen. Durch Krisenmaßnahmen, wie Beitragserhöhungen und Eingriffe in die Leistungstarife gelang es, zunächst etwas Luft zu schaffen.

Heute verfügt die Private Krankenversicherung immerhin wieder über eine Ausgabendeckung für drei Wochen und alle Anzeichen sprechen für eine weitere Stabilisierung der Verhältnisse. Reserven, wie sie zur dauernden Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge von der staatlichen Aufsichtsbehörde gefordert werden, konnten allerdings noch nicht wieder in nennenswertem Maße gebildet werden.

Wie bei der diesjährigen Verbandstagung der PKV in Rothenburg bekannt gegeben wurde, sind bei ihren Gesellschaften seit der Währungsreform über eine Milliarde DM an Versicherungsprämien eingegangen, die in Versicherungsleistungen umgewandelt an die Mitglieder zurückflossen. Für Arztkosten wurden 38 Prozent, für Krankenhausbehandlung 23 Prozent und für Medikamente 13 Prozent der Schadensleistungen vergütet. Nachdem das finanzielle Gleichgewicht und eine erträgliche Liquidität wieder hergestellt sind, gilt für die Zukunft das besondere Interesse der verantwortlichen Fachleute einer Tarifreform. Da mit Auszahlungen von wenigen Mark im Einzelfalle kaum jemand gedient ist, wird dabei die Frage der „Bagatellschäden“ eine besondere Rolle spielen.

Wenn man bedenkt, daß die Private Krankenversicherung als freiwilliger Zusammen-

schluß von vielen Millionen ein letztes Bollwerk gegen eine schematische Einheitsversicherung ist, dann finden sich trotz vieler Unzulänglichkeiten der letzten Jahre auch zahlreiche Lichtpunkte in diesem Versicherungszweig, der es besonders schwer hatte, die Folgen der Währungsreform zu überwinden und sich einer völlig veränderten Schichtlage anzupassen.

Die Verordnung des Innenministeriums und Landwirtschaftsministeriums für Württemberg-Baden über das Verbot einer Abgabe von offener Milch im Straßenverkauf tritt nunmehr auch in den Gemeinden mit weniger als zehntausend Einwohnern am 1. Juli 1951 in Kraft. Die Milch gehört, wie ein Gutachten von Professor Dr. Schwarz, dem Leiter des Institutes für landwirtschaftliche Technologie in Hohenheim, neuerlich feststellt, nicht nur zu den wertvollsten, sondern auch zu den empfindlichsten Lebensmitteln, die einer besonders pfleglichen Behandlung auch später im Haushalt bedürfen.

Als erstrebenswertes Ziel ist die Abgabe von Markenmilch an den Verbraucher in Form von Flaschenmilch zu bezeichnen, da nur hierbei die Gewähr gegeben ist, daß die molkegemäß behandelte Milch auf dem Wege zum Konsumenten keinen abträglichen Beeinflussungen unterworfen ist. Bei der Abgabe aus offenen Behältern und dem Abschöpfen der Milch auf der Straße besteht stets die Gefahr, daß Staub und andere Verunreinigungen in die Milch gelangen und ihre Güte, Haltbarkeit und hygienische Beschaffenheit herabsetzen. Damit wäre die ganze Arbeit, die heute vom Erzeuger und den Molkerieen in Zusammenarbeit mit den Ärzten und Tierärzten für die Belieferung der städtischen Bevölkerung mit gereinigter, pasteurisierter und tiefgekühlter Milch geleistet wird, wieder zunichte gemacht.

Dr. R.

Norwegens Flottenchef entlassen

Oslo (UP). Der Oberbefehlshaber der norwegischen Flotte, Vizeadmiral Arvid Danielsen, wurde entlassen. Zum Nachfolger wurde Konteradmiral Thore Horve ernannt, der zu Zeit der Vertreter Norwegens in der Militärbehörde der Nordatlantikpakt-Organisation in London ist. Die Entlassung von Danielsen erfolgte nach monatelangen Kämpfen zwischen dem Oberkommando der Flotte und dem Verteidigungsministerium, das, nach Ansicht des entlassenen Offiziers, kein Verständnis für die Bedürfnisse der Flotte innerhalb des neuen norwegischen Verteidigungsprogramms zeigte.

Haftentlassung für Pétain

Ile d'Yeu (UP). Marschall Pétain wurde aus der düsteren Gefängniszelle in der Piérré-Lévéé-Festung auf Ile d'Yeu in ein privates Wohnhaus auf der Insel überführt. Dies geschah, nachdem der französische Staatspräsident Auriol die über Pétain wegen seiner Zusammenarbeit mit den Deutschen verhängte lebenslängliche Gefängnisstrafe in eine Strafe umgewandelt hatte, die lediglich die Bewachung des Wohnsitzes des Verurteilten vorsieht.

Prag gibt US-Flieger frei

Prag (UP). Die tschechoslowakische Regierung gab bekannt, daß sie die beiden Jagdflieger, die vor nunmehr drei Wochen bei einem Übungsflug über Süddeutschland versehentlich über tschechoslowakisches Gebiet gerieten und dort notlandeten, nunmehr freilassen werde. Auch die beiden Düsenflugzeuge würden an die US-Behörden in Deutschland ausgeliefert.

Angeblieh 50 russische Atombomben

London (UP). Ein sowjetischer Atombomben-Sachverständiger, der vor etwa einem Jahr aus der UdSSR nach Großbritannien geflüchtet war, schätzt Rußlands gegenwärtigen Vorrat an Atombomben auf etwa fünfzig. Neben anderen, für die freie Welt wertvollen, Informationen berichtete er, daß die Sowjets vor rund einem Jahr 29 Atombomben besaßen und in einem weiteren Jahr ihren Vorrat auf 75 erhöht haben werden. Danach solle die jährliche Produktion verdreifacht werden. Der Geflüchtete berichtete weiter, daß die Sowjetunion ihre Anstrengungen auf die Herstellung eines Standardtyps von Plutoniumbomben konzentrierte und nicht mit anderen Versuchsarten experimentierte.

19 Milliarden DM geraubt

Ein sudetendeutsches Weißbuch klagt an München (UP). Die „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen“ in München hat das angekündigte Weißbuch über die Umsiedlung von drei Millionen Sudetendeutschen veröffentlicht. Unter anderem enthält das Buch eine Rede des verstorbenen tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Beneš, vom Juni 1945, in der der Satz steht: „Nehmt den Deutschen alles, bis auf ein Taschentuch, in das sie weinen können.“ „Rund drei Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat verjagt, Tausende von ihnen wurden auf den Landstraßen mit Knüppeln, Felleisen und Gewehrkolben erschlagen oder blieben vor Erschöpfung liegen“, heißt es in dem Buch. Unter Berufung auf tschechische Angaben wird weiter festgestellt, daß im Sudetenland für 19 Milliarden DM deutscher Besitz zurückgelassen ist.

Die 400 Seiten starke Publikation wurde durch eine Spendensammlung unter den Heimatvertriebenen finanziert. Die „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen“ hat das veröffentlichte Material über zwei Jahre lang zusammengetragen.

Bundespräsident Heuss empfing den griechischen Botschafter in Bonn, Dimitri Pappas, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens.

Rheinland-Pfalz soll aufgeteilt werden

Teilweiser Anschluß an Altbaden oder Südweststaat - Neuordnung des Bundes wird vorbereitet

Bonn (UP). Der Bundestagsausschuß für innerstaatliche Neuordnung hofft, noch bis Weihnachten den Entwurf eines Gesetzes über die Neugliederung der Bundesländer vorlegen zu können, erklärte der Vorsitzende dieses Ausschusses, Abgeordneter Euler (FDP), vor Pressevertretern in Bonn.

Euler legte gleichzeitig einen Aufruf der territorialen Probleme vor, die, wie er sagte, Gegenstand einer Neuordnung des Bundesgebietes sein müßten. Neben dem Südweststaat — über dessen mögliche Bildung am 16. September in einer Volksabstimmung entschieden werden soll — stellen sich dem Ausschuß und seinen Gutachtern zwei Hauptprobleme: die Neugliederung des Nordwestraums und das künftige Schicksal des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Nordwest-Raum

Für die Lösung des Problems „Nordwest-Raum“ werden drei Möglichkeiten genannt, die Euler wie folgt skizzierte: 1. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die beiden Hansestädte werden zu einem Land vereinigt. Die beiden Hansestädte erhalten innerhalb des neuen Landes ein Sonderstatut, mit dem eine innere Verwaltungsgliederung verbunden ist. 2. Niedersachsen und Bremen werden zu einem Land, Schleswig-Holstein und Hamburg zu einem anderen Land vereinigt. 3. Niedersachsen und Schleswig-Holstein werden vereinigt, Hamburg und Bremen bleiben Länder.

Rheinland-Pfalz

Das Schicksal des Landes Rheinland-Pfalz läßt sich nach den von Euler aufgezählten Möglichkeiten auf zweifache Weise bestimmen: Entweder wird das Land aufgeteilt und sein Gebiet fällt an Nordrhein-Westfalen, Hessen und an den Südweststaat, bzw. an Alt-Baden oder Bayern, oder das Land wird mit Hessen vereinigt.

Im ersten Fall würde Nordrhein-Westfalen erhalten: die rechtsrheinischen Kreise Altenkirchen und Neuwied, das linksrheinische Gebiet mit dem Moseltal bis zur Hunsrücklinie (einschließlich der Kreise Trier, Zell, Cochem, des Kreises Berncastel bis auf dessen nordöstliche Spitze und des nördlichen Teiles von St. Goar).

Zu Hessen würden bei der ersten Lösung kommen: die rechtsrheinischen Kreise Ober- und Unter-Westerwaldkreis, Unter-Lahnkreis und der Kreis St. Goarshausen mit Ausnahme seines nordwestlichen Randgebietes, vom linksrheinischen Gebiet das frühere Rheinhessen mit den Kreisen Bingen, Mainz, Alzey, dem nördlichen Teil des Kreises Worms, ferner die Kreise Kreuznach, Birkenfeld, Simmern, der größere südliche Teil des Kreises St. Goar, die Nordostspitze des Kreises Berncastel und die nördlichen Teile der Kreise Rockenhausen und Bolanden.

Der Südweststaat, Alt-Baden oder Bayern würden erhalten: die Rheinpfalz, außer den nördlichen Teilen der Kreise Rockenhausen und Bolanden sowie der südliche Teil des Kreises Worms.

Im zweiten Fall — der Vereinigung von Rheinland-Pfalz mit Hessen — würde der Kreis Altenkirchen an Nordrhein-Westfalen fallen und die Rheinpfalz ohne die nördlichen Teile der Kreise Rockenhausen und Bolanden sowie der südliche Teil des Kreises Worms an den Südweststaat bzw. Alt-Baden.

Und die Saar?

Euler betonte, der Bundesrat werde bei der Entscheidung über die Neugliederung der Länder nicht mitzuwirken haben. Der Volksentscheid in einem bestimmten Teil des Bundes könne in diesem Zusammenhang durch einen Volksentscheid im gesamten Bundesgebiet überstimmt werden.

Die Saar könne sich später ohne weiteres dem Südweststaat anschließen, meinte Euler. Die Auffassung des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, sein Land sei die natürliche Auffangbasis für die Saar, könne er nicht teilen. Aber auch ein selbständiges Saarland im Verband des Bundes sei denkbar, wenn künftige deutsch-französische Vereinbarungen über die Saar dies erforderlich machen sollten.

Wahlbündnis CDU/FDP für die Bundestagswahl

Wie Dr. Ungeheuer weiter bekanntgab, ist die FDP mit der CDU für die Bundestags-

wahl im Wahlkreis XII (Neustadt — Kirchenheimbolanden — Rockenhausen — Grünstadt) für den in Straßburg verstorbenen Bundestagsabgeordneten Ernst Roth ein Wahlbündnis unter der Bezeichnung „Pfälzer Bund“ eingegangen. Über die Person des Kandidaten, den voraussichtlich die FDP nominieren werde, sei noch keine Entscheidung getroffen.

Nur Privatmeinung Eulers

Die Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz in Mainz erklärte zu den Vorschlägen Eulers, es könne sich dabei nur um die Privatmeinung des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion handeln. Den Äußerungen Eulers sei deshalb praktisch keine Bedeutung beizumessen, zumal verbindliche Vorschläge nur in enger Zusammenarbeit mit den Länderinstanzen, insbesondere mit den unmittelbar betroffenen Ländern und nach Anhören der Volksmeinung vorgelegt werden können. Die Staatskanzlei weist darauf hin, daß sich die von Euler wiedergegebenen Pläne teil-

Waffenstillstands-Verhandlungen vorgeschlagen

Aufforderung Ridgways an kommunistischen Oberbefehlshaber

Washington (UP). Der Oberkommandierende der UN-Truppen in Korea, General Ridgway, hat vorgeschlagen, an Bord eines dänischen Hospitalschiffs vor dem nordkoreanischen Hafen Wonsan Verhandlungen über eine Feuer Einstellung zu führen. Gleichzeitig ersuchte der General den kommunistischen Oberbefehlshaber in Korea, ein Datum für die Verhandlungen zu nennen.

Ridgway ließ seinen Appell über alle verfügbaren Rundfunksender in Korea verbreiten. Wörtlich sagte er: „Ich bin informiert worden, daß Sie eine Zusammenkunft wünschen, auf der über einen Waffenstillstand mit dem Ziel einer Einstellung der Feindseligkeiten und aller Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften mit ausreichenden Garantien für die Erhaltung eines solchen Waffenstillstandes diskutiert werden soll. Sobald ich von Ihnen die Bestätigung erhalten habe, daß ein solches Treffen erwünscht ist, bin ich bereit, einen Vertreter zu nennen.“

Der Appell des Oberkommandierenden der UN-Truppen erfolgte auf Anweisung des US-Verteidigungsministeriums nach vorheriger Billigung durch die anderen 15 UN-Mitgliedsstaaten, die Truppen in Korea haben. Weitere Kommentare wurden nicht gegeben.

Wahrscheinlich wird es mindestens 48 Stunden dauern, bis die Verhandlungen aufgenommen werden können, erklärte ein maßgebender Vertreter der UN. Ein westlicher Diplomat wies darauf hin, daß die Kommunisten bereits vor dem Appell Ridgways Friedensföhler ausgestreckt hätten. Es könne damit gerechnet werden, daß der Gegner sehr schnell handeln werde.

Nordkorea stellt Bedingungen

Der nordkoreanische Außenminister Pak Hon Yong hat, wie der Sender Pyonyang berichtet, dem Generalsekretär Trygve Lie und dem Präsidenten des Sicherheitsrats folgende Forderungen überreicht: 1. Der Feind soll seine Aggression einstellen; 2. Die Politiker der USA und Südkoreas, die für den Krieg verantwortlich seien, sollen als Kriegsverbrecher bestraft werden; 3. Die nordkoreanischen Zivilisten sollen die Genehmigung erhalten, wieder nach Nordkorea zurückzukehren.

Wie ausgezeichnet die Regie Moskaus klappert, beweist die Duplizität einer Resolution, welche die „Internationale Demokratische Frauenvereinigung“ durch Malik dem Sicherheitsrat der UN überreichte ließ. In ihr heißt es nämlich ebenfalls: „Die Verantwortlichen für die Verbrechen gegen das koreanische Volk, insbesondere General MacArthur und General Ridgway, sollen der Kriegsverbrechen angeklagt werden, wie es in der alliierten Deklaration von 1943 vorgesehen ist.“

Französische Wünsche

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums forderte, daß bei eventuellen Waffenstillstands-Verhandlungen in Korea das gesamte Fernostproblem einschließlich Indo-

china miteinbezogen werden sollte. Der Sprecher wies darauf hin, daß die kommunistischen Viet-minh-Truppen in Indochina in den vergangenen Monaten in immer stärkerem Maße von den chinesischen Kommunisten Unterstützung erhielten. China habe nicht nur in Korea seine Hand im Spiel, sondern im gesamten Fernen Osten.

Malik als Gastgeber

Im New Yorker Waldorf-Astoria-Hotel gab Malik inzwischen das angekündigte Diner für die Delegierten des Sicherheitsrats. Nur der nationalchinesische Vertreter hatte keine Einladung erhalten. Malik entfaltete einen ungeheuren Luxus und zeigte sich als charmanter Gastgeber, der über alles nur nicht über Politik sprach. Bereitwillig stellte er sich mit dem britischen Chefdelegierten Jebb vor die Wochenschaukamera, verbat sich aber Mikrophone. Lächelnd überblickte er Jebb die Batterie der Kameras und fragte: „Welche ist von TASS? Ob wir wohl jetzt in allen Kinos erscheinen, sogar in Sibirien?“ — „Kann sein“, meinte Malik und lächelte zurück.

US-Minister befürchten Defaitismus

Eventuelle Folgen eines Koreafriedens — Marshall vertritt Hilfsprogramm

Washington (UP). Die amerikanische Nation darf nicht wieder in Schlaf fallen und sich vormachen, daß kein Alarm gegeben worden ist, ganz gleich wie die Lage in Korea sich entwickeln wird, sagte der US-Armeeminister Pace. Selbst wenn es zu einer Waffenruhe in Korea kommen sollte, wäre es „lächerlich“, das Verteidigungsprogramm zu beschneiden.

Auch der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Lovett, drückte die Befürchtung aus, daß die Beendigung des Krieges in Korea zu einem Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung führen könnte. Das Ende des Krieges in Korea, sagte er, könnte durchaus das Signal für die Kommunisten sein, Druck in einem anderen Teil der Welt auszuüben.

Verteidigungsminister Marshall forderte den Kongreß auf, das von der Regierung vorgeschlagene Auslandshilfsprogramm (3,5 Milliarden) so schnell wie möglich zu billigen, selbst wenn es „den Anschein haben sollte, als hätten einige europäische Staaten noch nicht alles in ihrer Kraft Stehende getan“. In einer Stellungnahme vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses formulierte Marshall das Verhältnis des gegenseitigen militärischen Beistands mit dem Hinweis, daß die USA Dollars bereitstellen, während die westeuropäischen Nationen „Menschenleben — Männer zum Kämpfen“ in die Schanze werfen würden.

Im Zusammenhang mit der Koreafrage stellte Marshall fest, daß die USA im Falle einer Beilegung des Konfliktes noch stärkere Kräfte für die Verteidigung einsetzen müßten. Korea sei nur ein Einzelfall im Weltpanorama. Sollten die chinesischen Kommunisten aus Korea abziehen, würden allerdings nur noch geringe Chancen für ein erneutes Eingreifen amerikanischer Streitkräfte bestehen.

Präsident Truman beschuldigte eine kleine Gruppe „skrupelloser Politiker“ der Gefährdung der Sicherheit der Nation und der Hoffnung der Welt auf Frieden, indem sie alles daran setzten, die gemeinsame Außenpolitik der beiden großen Parteien der USA zum Scheitern zu bringen.

Nichts könne die Nation mehr schwächen als eine Inflation. Es sei deshalb lebenswichtig, für mindestens zwei Jahre Kontrollen zu haben, um die Kosten der Lebenshaltung niederzuhalten. „Unser Programm für die wirtschaftliche Stabilisierung ist nicht eine Angelegenheit, die man nach Belieben und je nach den neuesten Nachrichten aus Korea an- und abschalten kann.“

Stellungskrieg in Korea

Tokio (UP). Mit dem Erstarren der Fronten nehmen die Kampfhandlungen mehr und mehr den Charakter eines Stellungskrieges an. Die Kommunisten sind gegenwärtig mit dem Ausbau einer tiefgestaffelten Verteidigungslinie mit Bunkern und Gräben beschäftigt. Sie erstreckt sich von Kaesong im Westen bis nach Kosong im Osten. Im Hinterland hat der Gegner Stellungen für Artillerie und Granatwerfer ausgehoben. Große Truppenkonzentrationen frischer Verbände konnten von Luftaufklärern beobachtet werden. Nach Ansicht alliierter Offiziere begrenzt die neue Verteidigungslinie möglicherweise den Raum, den die Kommunisten im Falle eines Waffenstillstandes besetzt halten wollen.

Iran erkennt Entscheid nicht an

Mossadeg in schwieriger Lage - AIOC stellt Arbeit ein

Teheran (UP). Das iranische Außenministerium hat die Jurisdiktion des internationalen Gerichtshofes über den Ölstreit nicht anerkannt. Trotzdem ist eine Delegation aus Teheran nach Den Haag abgezogen. Sie wird sich jedoch an den Gerichtsverhandlungen nicht beteiligen.

Vor ihrer Abreise hatten sich etwa 10 000 Iraner — unter Führung von Kommunisten — auf dem Parlamentplatz versammelt, um die Durchführung der Verstaatlichung zu fordern. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle.

Die Anglo-Iranian-Oil-Company gab bekannt, daß sie ihre gesamte Tätigkeit im Iran einstelle. Solange Mossadeg Ministerpräsident sei, bestehe nach Ansicht der AIOC keine Möglichkeit für eine Einigung im Ölstreit.

Die britischen Angestellten der Gesellschaft sind angewiesen, sich nach Abadan zu begeben. Die Arbeiten auf den Ölfeldern werden wahrscheinlich innerhalb der nächsten 10 Tage vollkommen eingestellt.

Die Amerikaner bemühen sich nach wie vor, die iranische Regierung zu einem Kompromiß zu überreden. Mossadeg hat den US-Botschafter jedoch darauf hingewiesen, in welcher Kamalität er sich befindet. Er betonte, daß irgendwelche Verzögerungen in der Durchführung des Verstaatlichungsgesetzes die Regierung die Unterstützung des Volkes kosten würde. Am besten erklärte vielleicht die Londoner „Daily Mail“ die schwierige Situation Mossadegs, als sie die Frage untersuchte

warum er wohl an Truman geschrieben habe: „Es kann nur geschehen sein, weil der vortreffliche iranische Ministerpräsident in einem schrecklichen Dilemma steckt. Wenn die Ölindustrie zusammenbricht, hat er allerhand Schwierigkeiten zu erwarten. Doch wenn er den Briten Konzessionen macht, um diesem Unheil zu entgehen, dann muß er damit rechnen, von einer Kugel getroffen zu werden.“

„Wir Briten geben nicht so leicht auf“

Der britische Verteidigungsminister Shinwell sagte in Paris, daß Großbritannien Gründe dafür hat, anzunehmen, daß die Regierung des Iran die Öllage unter einem vernünftigeren Gesichtspunkt betrachten wird. „Wir Briten geben nicht so leicht auf“, sagte er. „Sie werden bemerkt haben, daß sich ein britischer Kreuzer bereits in jenen Gewässern befindet, und daß auch andere Vorbereitungen getroffen wurden. Es darf darüber keine Mißverständnisse geben“. Shinwell gab zu, daß der Verlust des iranischen Öls sich „militärisch sehr ernst auswirken könnte“.

Das jugoslawische Außenministerium übergab der rumänischen Botschaft in Belgrad eine Note, in der gegen die vor kurzem erfolgte Evakuierung der jugoslawischen Minderheiten aus den an Jugoslawien grenzenden Bezirken Rumäniens protestiert wird.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruhe. Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat das Urteil gegen den wegen seiner Beteiligung an der Hinrichtung von jüdischen Häftlingen verurteilten Adolf Rube in einem Falle aufgehoben und den Fall an das Schwurgericht Karlsruhe zurückverwiesen. (fwb)

Karlsruhe. Die am 21. Juni in Düsseldorf gestartete Radfahrstaffette des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die eine Botschaft des DGB nach Mailand bringen soll, ist nach einem Ruhetag in Karlsruhe in Freiburg eingetroffen. (fwb)

Uns der badischen Heimat

Die junge Generation war wahlmüde.

Pforzheim (SWK). Eine aufschlußreiche Statistik über die Nichtwähler bei den letzten Gemeinderatswahlen liefert jetzt das Statistische Amt der Stadt Pforzheim auf Veranlassung von Oberbürgermeister Dr. Brandenburg. Die Untersuchungen führten zu überraschenden Ergebnissen. Von den 48,8 Prozent männlichen Nichtwählern entfiel die Mehrzahl auf Wahlberechtigte im Alter zwischen 21 und 25 Jahren. Gerade der Jahrgang, der zum ersten Male an einer Wahl teilnehmen durfte, zeigte sich fast völlig gleichgültig. Die Wahlbeteiligung wuchs mit zunehmendem Alter. Sie erreichte ihren höchsten Prozentsatz bei den Wahlberechtigten über 65 Jahren. Bei den weiblichen Wahlberechtigten war die Teilnahme an der Wahl noch geringer. Die Durchschnittszahl der weiblichen Nichtwähler betrug 55,5 Prozent. Auch hier zeigten sich die jüngsten wahlberechtigten Jahrgänge ausgesprochen wahlmüde. Nur bei den Personen zwischen 45 und 65 Jahren war eine stärkere Beteiligung zu verzeichnen. Nach dem 65. Lebensjahr trat dagegen wieder ein Rückgang ein. Eine Analyse der Wahlbeteiligung der einzelnen Stadtteile ergab, daß die Wahlbezirke mit überwiegend Arbeiterbevölkerung die stärkste Teilnahme aufzuweisen hatten. Am schlechtesten schnitten die Bezirke mit überwiegend bürgerlichem Mittelstand (Handwerker, Angestellte usw.) ab.

Lotteriegewinne durch Sparen

Pforzheim (fwb). Den Spargeldanken mit einer Art Lotterie verbindet der erst vor fünf Wochen gegründete Sparverein Pforzheim, dem jetzt schon 900 Mitglieder angehören. Täglich treten über 50 neue Interessenten bei. Jedes Mitglied ist verpflichtet, wöchentlich 1,- DM zu sparen und 15 Pfennige Mitgliedsbeitrag zu zahlen. Während über den Sparvertrag nach einem Jahr frei verfügt werden kann, werden die Zinsen und die Mitgliedsbeiträge monatlich als Gewinne unter den Mitgliedern verteilt. Etwa jedes zehnte Mitglied gewinnt dabei. Die erste Auslosung fand am vergangenen Mittwoch statt. 500 DM wurden verlost, der Hauptgewinn betrug 100,- DM.

Todessturz in der Kirche

Eberbach (fwb). Bei Malerarbeiten im Inneren der katholischen Stadtkirche in Eberbach ist ein Vorarbeiter aus Oggersheim von einem etwa vier Meter hohen Gerüst gestürzt. Der Arbeiter erlitt bei dem Sturz schwere Verletzungen, denen er wenige Minuten später erlag. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht geklärt werden.

Katzenbuckelturm bald wieder zugänglich.

Eberbach (ZSH). Der Katzenbuckelturm, das beliebte Ziel aller Odenwald-Wanderer, wird in wenigen Tagen wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Turm hatte in den Kriegsjahren sehr gelitten und mußte von Grund auf renoviert werden. In wenigen Tagen wird der Turm wieder ein Punkt sein, der eine herrliche Aussicht über den stillen Odenwald und den Kraichgau bis hinüber zur Rheinebene bietet.

Bankeinbruch in Gengenbach

Gengenbach (fwb). Bis jetzt noch unbekannt Täter brachen nachts in der Volks-

bank in Gengenbach ein und entwendeten aus dem Kassenschrank 22.600 DM. Ferner erbeuteten die Täter zwei Brillantringe im Werte von 900 DM.

Die Täter gelangten durch einen Seiteneingang von der Hauptstraße aus an die Hinterseite der Bank und scherten mit einer starken Nietenschere einen 18 mm starken Eisenstab des Gangfensters ab, so daß eine Person durch das Gangfenster in den Hausgang der Bank gelangen konnte. Diese schraubte an der hinteren Eingangstüre von innen das Schloß ab, so daß der Kassenraum den Einbrechern offen stand. Dem dort aufgestellten Kassenschrank wurde die rechte Seitentüre, in der sich der Schloßmechanismus befindet, ausgesprengt und aufgerissen und das Schloß geöffnet. Der Arbeitsweise nach handelt es sich vermutlich um geübte Bankentwender, von denen bisher jede Spur fehlt. Am Tatort ließen sie eine Halbschlichtfelle und sechs neue Eisenbohrer verschiedener Größe zurück.

Feuerwehr mußte einen Storch befreien.

Bühl (fwb). In der mittelbadischen Kreisstadt Bühl mußte dieser Tage die Feuerwehr ausrücken, um einen Storch aus einer mißlichen Lage zu befreien. Freund Adebar saß auf der Bühler Stadtkirche schon zwei Tage lang an dem gleichen Fleck, weil ihm ein Bein zwischen Ziegeln und Dachrinne eingeklemmt war. Mit ihrer großen, 30 Meter langen Leiter, die noch durch eine Handleiter verlängert werden mußte, konnte die Feuerwehr schließlich den Verunglückten erreichen und ihm die Freiheit wiedergeben.

Landtag will Manuskripte verbannen

„Fragestunden“ werden eingelegt

Stuttgart (fwb). Im Landtag Württemberg-Badens sollen künftig keine seitlichen Manuskripte mehr verlesen werden. Der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, der vom Geschäftsordnungsausschuß nach mehrwöchiger Beratung nunmehr dem Plenum vorgelegt worden ist, sieht vor, daß die Abgeordneten künftig grundsätzlich frei sprechen sollen; nur noch den Regierungsvertretern und den Berichterstattern soll das Ablesen von Manuskripten gestattet werden. Die 108 Paragraphen des Entwurfs enthalten ferner eine Reihe weiterer Bestimmungen, die die Arbeit des Landtags straffen und beschleunigen sollen.

Als Neuerung sieht der Entwurf die Einführung einer sogenannten „Fragestunde“ vor, wie sie bereits in den Landtagen anderer deutscher Länder bekannt ist. An einem Tag der Woche soll jedes Mitglied des Hauses mündliche Anfragen über aktuelle Tagesfragen an die Regierung richten können.

Wenn ein Abgeordneter bereits einmal erfolglos zur Ordnung gerufen worden ist, soll ihm der Präsident ohne Beschluß des Landtags das Wort entziehen und ihn notfalls auch von zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen ausschließen können. In diesem Falle erhält der Abgeordnete kein Sitzungsgeld und darf auch nicht an den Ausschußsitzungen teilnehmen.

Milchpreis noch nicht entschieden

Milchhandel bittet um Schutz des Staates.

Stuttgart (fwb). Das württemberg-badische Kabinett hat beschlossen, die Frage der Milchpreiserhöhung dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Das Ministerium soll im Benehmen mit dem Landwirtschaftsministerium unverzüglich eine endgültige Regelung treffen. Das Kabinett schloß ferner die Beratung der Haushalts-Einzelpläne für das Finanz-, das Landwirtschafts- und das Arbeitsministerium ab.

Der Verband württemberg-badischer Milchkaufleute hat in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Maier um den Schutz des Staates für den Milchhandel gebeten. In dem

FDJ-Verbot jetzt in Südbaden

Freiburg (UP). Südbaden habe am Donnerstag die kommunistische Jugendorganisation FDJ entsprechend dem Bundesbeschlusse verboten und den untergeordneten Dienststellen diesbezügliche Anweisungen erteilt, erklärte der südbadische Innenminister Dr. Schühly in Freiburg. Die Zahl der FDJ-Angehörigen in Südbaden gab Dr. Schühly mit 500 bis 600 an. In letzter Zeit sei die FDJ jedoch nur noch in Offenburg, Lörrach und Singen öffentlich hervorgetreten.

Metallarbeiter-Streik abgewendet

Singen (UP). Zwischen der Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie und der Industriegewerkschaft Metall ist eine Kompromißlösung vereinbart worden, die den drohenden Streik der südbadischen Metallarbeiter abwendet. Danach soll der Ecklohn für Metallarbeiter mit Wirkung vom ersten Juli von 1,30 auf 1,37 DM erhöht werden. Für die Angestellten dieses Industriezweiges wird ein Landestarif ausgearbeitet.

Lady ließ Berufung einlegen

Waldshut (Gd). Der Verteidiger des vom Waldshuter Jugendgericht wegen Mordes zu zehn Jahren Jugendgefängnis verurteilten Franz Josef Lady aus Hamburg, legte auf Verlangen des noch minderjährigen Verurteilten sowie auf Wunsch von dessen Vater Berufung gegen das Urteil ein. Lady war am 22. Juni zu der gesetzlich zulässigen Höchststrafe von zehn Jahren Jugendgefängnis verurteilt worden, weil er im April 1950 in Gresgen im Kreis Lörrach den 13 Jahre alten Helmuth Grether ermordet hatte.

besonderen wird darauf hingewiesen, daß in der vom Bundesrat gebilligten Empfehlung des Preisrates, den Verbraucherpreis für Milch mit dreiprozentigem Fettgehalt um vier Pfennige zu erhöhen, dem Milchhandel ein Pfennig zugedacht sei. Die Landwirtschaft und die in Württemberg-Baden stark monopolisierten Molkebetriebe versuchen nun, die dem Milchhandel zugestandene Erhöhung der Handelspreise um einen Dpf. zu schmälern.

Bürkle wieder auf freiem Fuß

Stuttgart (fwb). Der Stuttgarter Unternehmer Willy Bürkle wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Haftrichter, dem Bürkle vorgeführt worden war, stellte fest, daß weder Fluchtgefahr noch Verdunkelungsgefahr bestehe und daß daher kein Haftbefehl erlassen werden müsse. Damit ist Bürkle im Laufe dieser Woche zum zweitenmal aus der Haft entlassen worden. In der vergangenen Woche war er auf Beschluß des Konkursgerichtes verhaftet worden. Dieser Haftbefehl wurde am Mittwoch vom Landgericht Stuttgart aufgehoben. Sofort nach seiner Haftentlassung wurde Bürkle von der Stuttgarter Kriminalpolizei im Auftrag der Staatsanwaltschaft wieder vorläufig festgenommen unter der Begründung, daß Flucht- und Verdunkelungsgefahr bestehe.

Über einen anderen Antrag auf Verhaftung Bürkles wird der Untersuchungsrichter, der sich mit der strafrechtlichen Seite der Affäre Bürkle befaßt, zu entscheiden haben. Die Staatsanwaltschaft hat die Anklageschrift gegen Bürkle im Entwurf fertiggestellt und beantragt, einen Haftbefehl zu erlassen und Bürkle wegen Fluchtverdachts bis zur Hauptverhandlung festzusetzen.

Fast 40 Mill. DM Polizeiausgaben

Stuttgart (fwb). Die Gesamtausgaben für die Polizei sind im Entwurf des württemberg-badischen Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951/52 mit 39,4 Millionen DM festgesetzt worden. Davon werden für die Bereitschaftspolizei 3,6 Millionen DM und für die

Landespolizei 34,5 Millionen DM benötigt. Die Ausgaben für die Landespolizei sind damit um fast eine Million niedriger als im vergangenen Jahr. Auch die Aufwendungen für das Landesamt für Kriminalerkennungsdiens und Polizeistatistik haben sich um knapp 150.000 DM auf 972.200 DM ermäßigt. Das Amt für Verfassungsschutz erfordert 209.000 DM. Insgesamt haben sich die Polizeiausgaben gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Millionen DM erhöht, was vor allem auf die Aufstellung der Bereitschaftspolizei zurückzuführen ist.

DGB-Prottest wegen der Rentenfrage

Stuttgart (fwb). Der Landesbezirk Württemberg-Baden des Deutschen Gewerkschaftsbundes wandte sich in einer Erklärung gegen die Tatsache, daß Bundestag und Bundesregierung die schon seit neun Monaten vorgeschlagene Erhöhung der Renten und Unterstützungen noch immer nicht beschlossen haben. In der Erklärung heißt es, in Bonn fehle offenbar jedes Vorstellungsvermögen darüber, welches Ausmaß die Not heute angenommen habe. Der DGB erinnert daran, daß demgegenüber Bundestag und Bundesregierung mit „erstaunlicher Promptheit und Schnelligkeit“ Gesetze und Verordnungen beschlossen hätten, die die allgemeine Verteuerung verschärfen.

Unwetter schwemmte Brücken fort

Mädchen im reisenden Bach ertrunken.

Heilbronn (fwb). Über Heilbronn ist ein mehrstündiger starker Regen niedergegangen, der beträchtliche Schäden anrichtete. Innerhalb von sieben Stunden fielen je Quadratmeter über 32 Liter Wasser, womit das Monatsmittel vieler Jahre erheblich übertroffen worden ist. Die Laute schwoll zeitweise zu einem reisenden Bach an, der mehrere Notbrücken fortgeschwemmte. Aus noch ungeklärten Gründen stürzte in Neulautern ein sechsjähriges Mädchen in den Fluß. Das Kind wurde fortgerissen und konnte erst einige Kilometer unterhalb der Unfallstelle tot aus dem Wasser geborgen werden.

Überfallkommando gegen Volksbefragung

Eßlingen (fwb). Ein Überfallkommando der Eßlinger Polizei verhinderte eine kommunistische Volksbefragung vor der Maschinenfabrik Eßlingen im Stadtteil Mettingen. Kommunistische Werber hatten die Abstimmungszettel für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung im Betrieb verteilt. Die Zettel sollten nach Feierabend am Ausgang der Maschinenfabrik in die Urnen geworfen werden. Während dieses „Wahl-ganges“ erschien ein Überfallkommando der Polizei und beschlagnahmte Urnen und Stimmzettel. Die „Friedensfreunde“ wehrten sich dagegen und gingen tätlich gegen die Polizei vor, die ihrerseits diese Angriffe energisch abwehrte. Es wurde niemand verletzt. Die Namen der kommunistischen Angreifer, gegen die ein gerichtliches Verfahren zu erwarten ist, wurden festgestellt.

Ein Arzt als 50facher Sittlichkeitsverbrecher

Hechingen (UP). Das Landgericht in Hechingen hat den Arzt Dr. Römer aus Winterling auf Antrag eines Sachverständigen wegen krankhafter Störung seiner Geistestätigkeit in eine Heilanstalt eingewiesen. Ihm waren mehr als fünfzig Sittlichkeitsvergehen an Minderjährigen in seiner Praxis zur Last gelegt worden.

Herringer Grube brennt immer noch

Hamm (UP). Der Grubenbrand, der seit Ende Mai auf der Schachtanlage „Heinrich Robert“ in Herringer bei Hamm wütet und bei dessen Bekämpfung durch eine Schlagwetterexplosion 17 Bergleute ums Leben kamen, ist immer noch nicht gelöscht. In unermüdlicher Arbeit bemühen sich die Trupps der Grubenwehr, dem Brandherd die letzten Sauerstoffzufuhren abzuschneiden. Dabei wurden am Donnerstag zwei Grubenwehrleute verletzt.

Das Lied vom Glück

(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

25. Fortsetzung Nachdruck verboten

Im großen Saal der „Conte Rosso“ aber

sangen und lockten die Tanzweisen

Auch Alexander Remigy war da und wartete und schaute sich die Augen aus, führte betörende Frauen im Tanz durch das Rund, schielte über Fiordalissa Morettis Schmeicheln und sah über das Bullenbeißerdrohen des wiedergewonnenen Mister Bronson aus Chicago hinweg. Tanzte mit der Davidée und mit Mademoiselle Brixl... sie aber, auf die er wartete, die kam nicht.

Endlich ging er zur ausgestorbenen Deck hinauf in das bleiche Scheinern der Mittelmeernacht.

Und da — fand er sie.

Stumm lehnte sie, mit traurigen Augen und verhärmtem Antlitz, über die Reling.

Was fürhite sie? Welche Gedanken bewegten sie?

Er ahnte es nicht; aber mit dunkler Gewalt zog es ihn, den Unstäten, der keine Heimat besaß, weil die ganze Welt ihm Heimat war, zu ihr.

Ein Mann, ein Wort

Einmal sagte Frau Lili:

„Sind wenn du nun heimkommst zu deiner Mutter, Friedel — dann wirst du doch auch immer so heiter bleiben wie jetzt und nicht mehr weinen und den Vater traurig machen — nicht wahr, du?“

Da barg das Kind die Augen in den Händen.

„O, liebe Tante —, laß mich nie wieder zur Mutter... nie, nie wieder!“

„Aber es ist doch deine...“, sie stockte; sie brachte das unwahre Wort nicht über die Lippen.

„Dann möcht' ich lieber tot sein!“ Ein Kind... ein Kind sagt das.

Erschüttert wandte sich Frau Lili ab. Was war hier Recht, was Unrecht? Gab es da noch eine Frage? Und sie heischte Antwort aus jenem großen und gütigen Vaterherzen, des Kinder wir alle sind. Muß es denn sein? Muß diese Ehe bleiben, die nichts ist als ein Irrtum, als eine Lüge, ein Unglück und ein Verbrechen? An der zwei Menschen, Vater und Kind, zugrunde gingen?

Und wenn es sein müßte, — ertrüge sie's? Bang ward ihr, — Angst ergriff das Herz. Sollte es keine Erlösung für ihn geben? Kein Ende der Qual?

Und sie... wenn einst der Tag kam, da Till den Weg der Töchter ging, da sie heiratete und die Mutter allein ließ, ganz allein... sollte er dann nicht an ihrer Seite sein, sie zu trösten und ihre Einsamkeit mit Glück zu erfüllen?

Voll Unrast war sie den ganzen Tag und hoch atmete sie auf, als dann Ernst Goellner, von einer Segelpartie zurückkehrend, das Zimmer betrat, in dem noch Friedel bei ihr saß und Märchen hörte.

Seine Augen leuchteten frischer als sonst, und er brachte einen Seehauch mit.

Er begrüßte sie und die Kleine und schalt liebevoll, daß sie auf ihn gewartet und daß Friedel noch nicht im Bett lag.

„Haben Sie heute abend eine Stunde Zeit für mich, Frau Lili?“ fragte er sie dann.

„Gewiß“ — gepreßt klang es — „aber erst müssen wir die Kleine in's Bett bringen.“

Und dann vollendete sich's, was den ganzen Tag über wie eine schwere, dumpfe Ahnung auf ihr gelegen.

Lange gingen sie schweigend nebeneinander her.

„Nun ist's bedacht, Lili“, begann er schein. „Muß ich dir sagen, was das für Tage waren?“

Und doch sprach er's nicht aus, denn er fühlte das Zittern der Frau in seinem Arm; er spürte ihr Aufbäumen und litt mir ihr, wie sie mit ihm litt.

„Vom Großvater weiß ich's“, sagte er mit bebender Stimme und es klang als spräche er zu Erde, Wasser und Himmel, „der mich als Kind erzog. Er war ein frommer Mann, Lili, der alte Christian Goellner. Ich sehe ihn noch deutlich auf seinem Schneidertisch hocken und mir Märchen erzählen und fromme Sagen... vom Großvater weiß ich's... es ist ein ganz einfacher Spruch: Ein Mann, ein Wort! Wer kennt das heute noch? Wer glaubt's heute noch? Sie reden alle daran vorbei und daran herum. Und ich wollt's auch tun, Lili. Ich wollte mich aufbäumen gegen das Schicksal, ich wollte mein Unglück nicht tragen, ich wollte es teilen mit dir! Aber es ließ mir keine Ruhe. Heilig ist die Ehe — das ist göttliches Gesetz. Dürfen wir es von uns wenden, weil es uns zu eng wird? — Heilig ist die Ehe — nicht nur, wenn sie glücklich ist...“

Tief, tief sank Frau Lilis Kopf auf ihre Brust hinab. Das war das Urteil Gottvaters, an dessen Herz sie ihre heißen Wünsche gelegt...

Heilig, heilig ist die Ehe...

Wie tief, wie unerschütterbar tief mußten in diesem Mann die Sittengesetze verankert sein, daß er, der Geschlagene, der Betrogene, der Leidende doch noch dieses Wort sagen konnte?

Und noch stärker empfand sie die Liebe zu diesem Mann. Heilig ist die Ehe... Gut, gut — sie wollte gehorsam den Nacken beugen und entsagen, wie sie schon immer entsagt hatte in ihrem Leben — aber das eine begriff sie nicht: War eine Ehe auch dann noch heilig, wenn ein anderes, unschuldiges Wesen darüber zugrunde ging?

Leicht hauchte der Seewind heran. Lili hob den Kopf — nichts mehr von Aufbegehren, nichts mehr von Jammer; oh, sie hatte gelernt, sich zu beherrschen und alles, alles zu tragen. Und nur die eine Frage tat sie, die einzige, die sie von Anfang an getan:

„Und das Kind?“

Diese drei Worte durchbeben den Mann. Sie sah, wie trügerisch seine Ruhe war. Eine Erkenntnis kam ihr: Wie, wenn er sich nur deshalb so starr an seinen Spruch klammerte weil er nicht mehr kämpfen mochte, weil er den Kampf verlernt hatte? „Alles will ich tragen“, stieß er hervor, „nur das... nur das nicht!“

Da nickte sie. Und sie verstand, daß man diesem zermürbten Mann Zeit gewähren mußte, um sich auf sich selber zu besinnen. Eine stolze Natur wie Ernst Goellner beugte sich nicht einem fremden Rat — erst mußte er ihn selber in der eigenen Brust als den rechten Rat erkannt haben.

„Und alles versteh' ich, Ernst... nur das, nur das nicht! Daß du dein eigenes Herz offerst und zu ihr zurückkehrst, daß du die Ehe weiterführst, die nur ein böser, trügerischer Schein ist... alles das will ich verstehen! Nur das eine — das darfst du nicht! Das nicht! Mein lieber, lieber Freund, wir beide wollen uns die Hand reichen und auseinandergehen... aber dies eine laß nicht zu — das Kind, das darfst du ihr nicht lassen!“

Fortsetzung folgt